

Rechtsgebiet : 7. Königreich **Sachsen**. (Fortsetzung).

	Die Erhebung eines Bürgerrechtsgeldes ist gesetzlich verboten (§ 21). Jedoch kann ein Einkaufsgeld gefordert werden, wenn mit dem Bürgerrechte besondere nutzbare Berechtigungen verbunden sind.
II. Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts.	<p>Stimmberechtigt bei den Wahlen sind alle Bürger mit Ausnahme der Frauen. Ferner sind ausgenommen Personen, die in den letzten 2 Jahren aus Armenmitteln unterstützt, denen die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen sind, die unter Polizeiaufsicht stehen, sich im Konkurse befinden, mit der Entrichtung der Staats- oder Gemeindeabgaben seit länger als 2 Jahre im Rückstande sind, die Selbständigkeit verloren haben oder die für den Erwerb des Bürgerrechts festgesetzten Bedingungen nicht mehr erfüllen (§ 44).</p> <p>Im Falle ungerechtfertigter Weigerung, das Amt eines Stadtverordneten zu übernehmen, kann das Stimmrecht für die Dauer der Wahlperiode entzogen werden.</p> <p>Für die Wahlen hat der Stadtrat Listen der Stimmberechtigten und der Wähler aufzustellen.</p>
III. Voraussetzungen des passiven Wahlrechts.	<p>Wähler sind alle stimmberechtigten Bürger, die im Stadtbezirke ihren „wesentlichen Wohnsitz“ haben.</p> <p>Die Mitglieder des Stadtrats, sowie besoldete Gemeindebeamte können nicht zugleich Stadtverordnete sein.</p>
IV. Besteht eine Klasseneinteilung der Wähler?	<p>Durch Gesetz besteht sie nicht.</p> <p>Zulässig ist ihre Einführung durch Ortsstatut. Von dieser Befugnis ist vielfach Gebrauch gemacht und zwar entweder:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. nach Bezirken in den Großstädten, 2. nach der Steuerleistung in einer Reihe von Städten, wobei die Abgrenzung nach den örtlichen Verhältnissen verschieden ist, 3. nach Berufsständen nur in Chemnitz (auf Grund eines Ortsstatuts vom 21. Juli 1874). <p>In Chemnitz werden die Wähler in folgende 5 Abteilungen eingeteilt:</p> <p>A. Allgemeine Abteilung (Abt. A) bilden diejenigen, welche nicht zu einer der folgenden Abteilungen B—E gehören, und zwar:</p> <p>A 1, soweit sie bis mit 1900 Mark,</p> <p>A 2, soweit sie mit 1900 — 2500 Mark zur Staatseinkommensteuer abgeschätzt sind.</p>